

Blumtritt, Bock, Böhm, Frau Böhme, Böhm, Borgmann, Braun, Breour, Brühne, Busold, Büßler, Bull, Bunge, Easton, Daus, Davidsohn, Deufsch, Diefenbach, Dieke, Ditzmann, Dittmann, Dobrowski, Döhnel, Donales, Drescher, Dröner, Ebert, Eckardt, Eichhorn-Berlin, Emmel, Ernst, Esche, Faure, Faubh, Agnes Fahrenwald, Feldmann, Fider, Fischer-Duisburg, Fischer-Gera, Fode, Förster, Frank-Berlin, Ged, Geier, Elfriede Gesehr, Giebel, Gölmer, Gölzer, Goitweber, Grauer, Graupe, Greiner, Grogg, Groß, Grütz, Haase, Haberer, Hadelbusch, Haenisch, Hahn, Hanisch, Haug, Haubmann, Heinrich, Heinrichs, Hengsbach, Hente, Hennig, Henze, Hentsch, Henschold, Hoch, Hönisch, Hoffmann-Gamburg, Hofmann-Saalfeld, Hopfe, Horn-Stettin, Horn-Lindenau, Hübener, Hunschede, John, Jacobsen, Jungnickel, Jürgens, Kaden, Keil-Wilkau, Kitz, Klees, Knauf, Koenen, Köpfe, Kraußner, Kröger, Krüger-Königsberg, Krause, Krüger-Wandabek, Kunert, Ladenmaier, Lachmann, Langer, Anna Leg, Leber, Ledebour, Leib, Leopold, Lepik, Leutert, Leventz, Limberg, Linde, Liepmann, Lipinski, Lippold, Littin, Lüscher, Lüth, Luxemburg, Martin, Muder, Mantke, Mann, Meißel, Mehrens, Mendel, Meßger, Meier, Michelsen, Milow, Mittag, Müller-Möglin, Müller (Partei-vorstand), Müller-Deipzig, Gustav Müller-Berlin, Niendorf, Oerdel, Olion, Paepel, Pannekoek, Panzer, Pappenheim, Pawera, Pfannkuch, Peter, Pöschel, Pollender, Rauch, Raute, Reeber, Reimwand, Reize, Rieger, Riese, Rißert, Röhleder, Johanna Roth, Roth-Berndau, Rosenfeld, Rudolph, Rüssel, Sauer, Seelmann, Seidel, Sühheim, Stab, Starosson, Stegner, Stiefenhöfer, Stolpe, Strobel, Stubbe, Stadthagen, Schadow, Schäfer, Schulze, Schmidt-Wilbet, Schindhelm, Schulz-Berlin, Schulz-Wittenberge, Schuhmacher, Schwarz-Mügeln, Schwarz-Lübeck, Schwente, Reichmann, Thiele-Guben, Marie Thiel, Tönnies, Ullm, Umland, Vogherr, Wagner-Mölln, Wagner-Braunschweig, Walter-Laubagast, Wassermann-Fürstenwalde, Wassermann-Schöningen, Wellmann, Wengels, Werner, Westkamp, Westmeyer, Widlein, Minna Wiese, Wiesner, Wilde, Wils, Winter, Wichte, Wolbt, Wurm, Zentgraf, Zettin, Zieg.

Mit Nein haben gestimmt: Bahrt, Bartel, Bécard, Binickiewicz, Böhmer, Breh, Bromme, Brüdner, Diener, Dieß, Dietrich, Dredshagen, Ernsting, Richard Fischer-Berlin, Fischer-Hannover, Frikisch, Göhre, Charlotte Grahn, Bruner, Gajenzoll, Gaußhildt, Gedel, Held, Hoffmann-Gelle, Hoffmann-Mielefeld, Hoffmann-Breslau, Jung, Katzenstein, Keil-Stuttgart, Klüß, Klement, Knoche, Reinert, Löwigt, Müde, Neukirch, Neus, Neese, Nitter, Stokten, Schliche, Schließedt, Schmidt-Hersford-Halle, Schnelle, Scholich, Schöne, Thiele-Halle, Tönchöhn, Ulrich-Frankfurt a. M., Ulrich-Offenbach, Walter-Schacht a. M., Wasner, Weber, Wenzel, Weßker, Wittich.

Vorsitzender: Dieß: Ich denke, daß wir jetzt vertagen können. (Geisterzeit.) Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 11¼ Uhr.

Erklärungen zu Protokoll:

Ich bin bei der Abstimmung über den Antrag 97 zugegen gewesen und habe mit ja gestimmt.

Bei den namentlichen Abstimmungen über die Anträge 90 und 97 haben gefehlt und nachträglich zu Protokoll erklärt, daß sie gestimmt hätten:

In der ersten Abstimmung:

Mit Ja: Antrieß, Baumann, Bruno Eichhorn, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Otto Kühn, Liebknecht, Löwenstein, Ludwig, Luze, Moltenbuhr, Schneppenhorst, Schumann.

Mit nein hätten gestimmt: Koch, Koske, Sachse, Schöpflin, Silberschmidt.

In der zweiten Abstimmung:

Mit ja: Antrieß, Baumann, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Koch, Otto Kühn, Liebknecht, Löwenstein, Ludwig, Luze, Moltenbuhr, Sachse, Schneppenhorst, Schöpflin, Schumann, Silberschmidt.

Mit nein: Bruno Eichhorn, Koske.

In der dritten Abstimmung:

Mit ja: Antrieß, Baumann, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Otto Kühn, Liebknecht, Löwenstein, Ludwig, Luze, Moltenbuhr, Schneppenhorst, Schumann.

Mit nein: Weims, Raßner, Koch, Koske, Sachse, Schöpflin, Silberschmidt.

In der vierten Abstimmung:

Mit ja: Antrieß, Baumann, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Otto Kühn, Julius Lehmann, Liebknecht, Ludwig, Luze, Schöpflin, Wigorowski, Jubelil.

Mit nein: Bruno Eichhorn, Raßner, Koch, Moltenbuhr, Koske, Sachse, Schumann, Silberschmidt.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 22. September 1910. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Klüß eröffnet die Verhandlungen um 9¼ Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die

parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

Berichterstatter Abgeordneter Koske: Ich habe nur über eine kurze Tagung des Reichstags Bericht zu erstatten. Viel gutes können wir Ihnen über die Verhandlungen des letzten Jahres nicht mitteilen. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten vor ihren Wählern in den letzten Monaten Bericht erstattet haben, dann mußten sie ohne Ausnahme erklären, daß sie aus dem Reichstage fast mit ganz leeren Händen wieder heimgekommen sind. In dieser Tagungsperiode vom 30. November bis zum 10. Mai stand fortgesetzt noch die Frage der sogenannten Reichsfinanzreform im Vordergrund des Interesses. Der scandalöse Plünderungszug auf die Taschen des deutschen Volkes hat zur Folge gehabt, daß ein wahres Lohwobohu zwischen den bürgerlichen Parteien eingetreten ist. Die Erbitterung der bürgerlichen Parteien aufeinander ist immer noch außerordentlich groß. Abgesehen von sonstigen Meinungsverschiedenheiten, sind die Parteien des neuen schwarz-blauen Blochs erboßt darüber, daß von den Liberalen fortgesetzt die Steuerfragen bei der Agitation in den Vordergrund des Interesses gezogen werden. Die Liberalen sind empört und wütend darüber, daß ihre Bühlordherrlichkeit ein Ende erreicht hat, und daß sie im wahren Sinne des Wortes von den Konservativen mit Fußtritten aus dem Bloch herausgeworfen wurden. Auch wir wollen dem schwarz-blauen Bloch seinen Raubzug nicht vergessen. Aber wir werden uns natürlich auch daran erinnern, daß die Liberalen bereit waren, ebenfalls 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen. Auch Bülow ist mit seinem Bloch in den Abgrund gefallen. Neue Männer sind gekommen. Die Rückständigkeit der politischen Zustände Deutschlands ist daran sehr deutlich zu erkennen, daß es den neuen Männern möglich war, 5 Monate ohne jede Kontrolle durch die Volksvertretung die Geschäfte zu führen. Selbstverständlich hat die Fraktion bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit gegen diese unhaltbaren Zustände Protest erhoben. In der bürgerlichen Presse stellt man den neuen Reichstagsler als einen welt-

fremden Mann hin. Aus der Entfernung sehen Weltfremdheit und Unfähigkeit einander außerordentlich ähnlich. (Zustimmung.) Wir aber wissen, daß es bei allen Maßnahmen des Reichskanzlers immer anders gekommen ist, als er erwartet hat. Bethmann wollte abwarten, bis Veruhigung bei den bürgerlichen Parteien eingetreten sei. Deshalb hat er die Einberufung des Reichstages nach Möglichkeit verschoben. Die zur Verfügung stehende Zeit wurde dadurch aufs äußerste beschränkt. Wer einen anderen an einer freiwilligen Arbeit hindert, sollte nach dem Willen des Kaisers zu Zuchthaus verurteilt werden. Die Regierung hätte unmittelbar nach Zusammentritt des Reichstages für dessen Kaltstellung zum Teufel gejagt werden müssen. Den bürgerlichen Parteien war das nicht unangenehm, daß der Reichstag so spät zusammentrat, weil sie dadurch um unangenehme Erörterungen zunächst noch herumtamen und praktischen Arbeiten im Interesse des Volkes aus dem Wege gehen konnten. Die Fortschrittler haben im Reichstage Unzufriedenheit gezeigt wegen des späten Zusammentritts. Sie gebärden sich jetzt nach dem Zerbrechen des Bülowblocks überhaupt radikaler als in den letzten Jahren.

Daß dieser Radikalismus vorherrscht, daß er echt ist, daran ist schwer zu glauben, wenn man sich erinnert, wie würdelos vielfach die Haltung der Fortschrittler während der Dauer der Blockherrlichkeit gewesen ist. — An Sensationen hat es während der diesmaligen Tagung des Reichstages nahezu vollständig gefehlt. Die Statsberatung sollte im Zeichen der Sparjamkeit stehen. Von Sparjamkeit ist denn auch fortgesetzt im Reichstag geredet worden, herausgekommen ist aber dabei verteuert wenig. Lediglich einzelne Kasernenbauten, Erziehungslage und andere Dinge sind vorübergehend zurückgestellt worden. Sie werden aber nachkommen und werden dann den Etat schlimmer belasten, als wenn sie in regelmäßigem bisherigen Turnus beschlossen worden wären. Da, wo Sparjamkeit geübt worden ist, ist es zum Teil zu dem direkten Schaden von Handel und Verkehr und nicht zuletzt auch der Arbeiter geschehen, wie zum Beispiel beim Postetat, wo große Beträge bei den einmaligen Ausgaben zur Ausdehnung des Telegraphen- und Telephonnetzes abgesetzt worden sind, worunter der Verkehr leidet, und eine ganz erhebliche Anzahl von Arbeitern der Telegraphenverwaltung sind auf die Straße gesetzt worden. Recht erheblich gesteigert sind von der bürgerlichen Mehrheit abermals die fortlaufenden Ausgaben für Heeres- und Marinezwecke. Es kann den bürgerlichen Parteien offenbar das Heer gar nicht teuer genug werden, sie haben es ganz besonders in das Herz geschlossen mit Rücksicht auf die Verwendung, die es im Lande selber gegen die arbeitende Bevölkerung finden kann. Ist doch während der Dauer des Reichstages notwendig gewesen, mit allem Nachdruck Stellung dagegen zu nehmen, daß ein Teil des Heeres dazu Verwendung fand, die streikenden Mansfelder Arbeiter zu Paaren zu treiben. (Hört! hört!) Die Idee der Verständigung zwischen den einzelnen Völkern über die Beschränkung der Rüstungen hat bei der Regierung nach wie vor keine Gegenliebe gefunden. Natürlich ist sie von der sozialdemokratischen Fraktion mit allem Nachdruck propagiert worden. Mit einer gewissen Genugtuung können wir darauf verweisen, daß allerdings bei den Verhandlungen über die Frage besonders einer Verständigung mit England wegen der Flottenrüstungen auch bürgerliche Redner der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß wie bisher das Tempo der Rüstungen nicht fortgesetzt werden könne, daß der Verständigung über die Beschränkung der Flottenrüstungen nähergetreten werden müsse. Bei der Steigerung der Flottenausgaben ist man zum Teil sogar über das Flottengesetz hinausgegangen durch größeres Displacement, stärkere Armierung, als vorgesehen war. Selbstverständlich sind die Schulden des Reichs durch die bürgerlichen Parteien abermals vermehrt worden. Die fünfte Milliarde Schulden wird im

Reich in gar nicht allzu langer Zeit voll gemacht werden. Gespart wurde bei Kulturausgaben und bei all den Ausgaben, bei denen es sich um die Interessen der Armeren, der Arbeiter, handelte. So hatte man bei der neuen Besoldungsordnung für Offiziere und Beamte in Aussicht gestellt, auch den Sold für die Soldaten um 8 Pf. zu erhöhen. Dann hatte man aber kein Geld für die gemeinen Soldaten und lediglich dem Drängen der sozialdemokratischen Fraktion ist es zu verdanken, daß im Nachtragsetat für 1909 3 Millionen gefordert wurden, für die den Soldaten Fußzeug geliefert wird. Welche Blamage ist es für das Reich, daß es noch immer seine Kriegsveteranen hungern läßt. Man hat aus Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr der Schlachten auf den französischen Feldern wieder in den höchsten Tönen die Kriegsveteranen gefeiert und hat erleben müssen, daß in diesen Festtagen hungernde Veteranen Selbstmord verübt haben. (Hört! hört!)

Der neue Schatzkanzler Wermuth ist ein Gemütsmensch. Er hat die Veteranen dadurch getroffen, daß er in den letzten Tagen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schreiben ließ, daß in anderen Ländern die Veteranen noch mehr und noch zahlreicher hungern. (Hört! hört!) Ein Gerabegu unerhörter Skandal ist, wie die Reichstagsmehrheit und die Regierung mit den bedauerenswerten Opfern ihrer Steuergesetzgebung, mit den auf die Straße gesetzten Streichholzarbeitern umspringen. Obgleich durch eine Resolution Unterstützung gefordert worden ist, zahlt die Regierung keinen Pfennig. Sie vertritt offenbar den Standpunkt, mögen sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind. Nach diesem Grundsatz handelt der Reichsschatzsekretär Wermuth auch in der Frage der Unterstützung der durch die Steuerreform des Schnapsblocks auf die Straße geworfenen Tabakarbeiter.

Die Arbeitslosigkeit ist infolge der Steuererhöhungen viel größer geworden, als zuerst angenommen worden war. Es war trotz aller Mühe nur zu erreichen, daß mit einem ganz kleinen Betrage über die zu geringe gesetzliche Unterstützungssumme von 4 Millionen Markt hinausgegangen wurde. Wermuth steht auf dem Standpunkt, daß der arbeitslose Tabakarbeiter, wenn er länger unterstützt wird, die Lust zur Arbeit ganz verlieren würde und er schlägt deshalb das kürzere Verfahren ein, die außerordentlich billige Radikalkur anzuwenden, daß man die Arbeiter verhungern läßt.

In der Sozialreform sind wir fast gar nicht vorangekommen. Der neue Staatssekretär des Innern, Delbrück, ist noch mehr wie sein Vorgänger ein Staatssekretär gegen die Sozialreform. Es ist aus dem letzten Winter überhaupt nur auf einen einzigen nennenswerten Fortschritt der Sozialreformgesetzgebung hinzuweisen, nämlich auf das Stellenvermittlungsgesetz, dem wir zustimmen konnten, nachdem es durch die Arbeit unserer Genossen in der Kommission einige Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustande bringt. Wo die bürgerlichen Parteien zur Sozialreform Stellung nehmen müssen, werden sie sich auch weiter bemühen, das Rezept der zweiten Salbe anzuwenden. (Sehr richtig!) Wenn es gelingen sollte, bei den weiteren sozialpolitischen Vorlagen, insbesondere bei der Reichsversicherungsordnung, Verbesserungen zu erreichen, so wird das nur der Furcht der bürgerlichen Parteien vor den nächsten Reichstagswahlen zu verdanken sein. Die mir zur Verfügung stehende Zeit gestattet nicht, daß ich hier darüber berichte, wie die Fraktion zu den einzelnen Fragen sich gestellt hat. Ich verweise auf meinen schriftlichen Bericht.

Ich glaube behaupten zu können, daß die Fraktion ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen getan, daß sie aus eigener Initiative eine ganze Reihe notwendiger Aktionen eingeleitet hat; aber die von uns eingebrachten Anträge und Gesekentwürfe kommen fast gar nicht zur Verhandlung, da von den

Schwerinstage beinahe gar nicht mehr Gebrauch gemacht wird. In einer ganzen Reihe von Interpellationen haben wir die Regierung vor dem Forum des Reichstages und damit des Volkes zur Rechenschaft gezogen. Wir haben insbesondere nichts unerfüllt gelassen, auch im Reichstage den Wahlrechtskampf unserer preussischen Genossen zu unterstützen. Daß wir fleißig gearbeitet, erkennen selbst unsere Gegner an. Ich habe auch in der Parteipresse eine Kritik der Tätigkeit der Fraktion nicht gefunden. Wenn so wenig für das arbeitende Volk erreicht wurde, dann sind nicht wir daran schuld, sondern die Verantwortung tragen reiflos die bürgerlichen Parteien. Selbst Staatssekretär Delbrück mußte aussprechen, daß die Arbeiter verstanden haben, sich in und außerhalb des Reichstages eine starke wirkungsvolle Vertretung zu verschaffen. Es liegt an den Arbeitern, diese Vertretung so stark zu machen, daß sie unumwiderstehlich wird.

Es dürfte vielleicht zum letzten Male vor den Neuwahlen diesmal der Fraktionsbericht erstattet werden, wenn auch die Mandatsdauer des Reichstages erst im Januar 1912 endet. Die Regierung betrachtet den Reichstag als eine Art lästiges Uebel; seine Aufgabe soll in der Hauptsache sein, Geld zu bewilligen, denn Geld beschaffen, das können die gekrönten Instrumente des Himmels nicht. (Sehr gut!) Die Männer von Gottes Gnaden verstehen Millionen zu nehmen, selbst in den Zeiten, in denen die Massen des Volkes allen Schäden der Unterernährung preisgegeben sind, die durch die ungeheuren Preise des Fleisches und aller Lebensmittel in Deutschland verursacht wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Reichstag seine Lebenszeit voll auslebt, sondern es ist viel wahrscheinlicher, daß schon vorher zwar nicht der Leutnant mit den zehn Mann, wie uns Herr von Oldenburg ankündigte, sondern der Major von Bethmann Hollweg den Reichstag auseinanderjagen wird.

Bethmann Hollweg läßt einen Sammelruf um den anderen an die bürgerlichen Parteien ergehen und auch der Kaiser stimmte in seiner Marienburger Rede ein. Man sucht nach einer Wahlparole. Wie ein Blinder mit dem Krückstock sucht Bethmann Hollweg zu erkunden, wie die Stimmung im Lande und wie die Ansichten der bürgerlichen Parteien sind. Wir müssen verstehen, der Mann zeigt viel Sinn für das, was dem deutschen Volke not tut, denn in den Tagen, wo wie jetzt wütende Empörung über den Mangel an ausreichender Nahrung die Massen erfüllt, läßt der Reichstanzler seine Presse diskutieren, ob die Frage der Aufrechterhaltung und womöglich noch der Steigerung der Hochschußzölle zur Wahlparole gemacht werden könnte. (Sörtl! hört!) Das könnte uns gewiß recht sein, wenn der Großgrundbesitzer von Höhen-Steinow versuchen würde, unter dieser Parole das Bürgertum gegen uns zusammenzufassen. Aber er wird gar nicht nötig haben, sich zu strapazieren, wir selbst werden die Schutzollfrage zur Wahlparole machen, aber wir werden rufen: Nieder mit den Wuchergzöllen (Stavol!), die dem Volke den kümmerlichen Ertrag seiner Arbeit für die Junker und Großkapitalisten rauben und das ganze Volk in die schweren gesundheitlichen Folgen der Unterernährung stürzt. (Lebhafte Beifall.) Mit dieser Wahlparole, das glaube ich, werden wir ein lautes Echo weden.

Bethmann Hollweg überlegt zweifellos und mit ihm die bürgerlichen Parteien, wie man mit einer hurrapatrischen Wahlparole bei den nächsten Wahlen Geschäfte machen könnte.

Herr von Bethmann Hollweg hat allerdings einmal gesagt, daß er kein Freund der hurrapatrischen Phrase sei, aber schließlich gibt nur ein Schein mehr, als er hat. Eine neue Militärvorlage wird zugerechgebraut oder ist

fertigestellt und wird zweifellos dem Reichstage bei seinem Zusammentritt zugehen. Wie die höheren Militärausgaben bezahlt werden sollen, ist absolut unerfindlich. Bringen doch die neuen Steuern bei weitem nicht soviel Ertrag, wie man in Aussicht genommen hat. Zwar wird erklärt, daß die sogenannte Reichsfinanzreform kein vollständiges Fehlergebnis ergeben habe, aber immerhin sei doch damit zu rechnen, daß der Ertrag um 120 Millionen geringer ausfällt. Der Staatssekretär hat während des letzten Winters kein Gehl daraus gemacht, daß er sich damals noch völlig darüber unklar war, wie der Etat für 1911 zu balancieren sei. Auch 1910 ist der Etat nur dadurch mit Ach und Krach zur Balancierung gebracht worden, daß man abermals zu großen Anleihen seine Zuflucht nahm. Wir sind uns darüber klar, daß wir angesichts der Geschäftigkeit unserer Gegner und der Bestrebungen der Regierung und des Kaisers, die bürgerlichen Parteien zusammenzuführen, allen Anlaß haben, auf der Hut zu sein und darauf achten müssen, daß nicht wieder wie 1906 ein Handstreich gegen uns verflucht wird. Allerdings bin ich überzeugt, daß wir uns nicht nur nicht überrumpeln lassen werden, sondern daß ganz allgemein in der Partei der Wunsch regt ist, daß der Tag der Abrechnung mit der bürgerlichen Partei so früh als möglich kommen möge. Ganz gleich, welcher Art die Parole ist, wir vertrauen auf die wachsende Einsicht der Volksmassen.

Das deutsche Volk ist seit 1907 zu toll gebüttelt und betrogen worden. Den Wählern, die auf den Gottentottenschwindel hineingefallen sind, sind als Lohn Strohkrigeln auf den Magen verstreut worden wie noch nie. Man kann daher wohl annehmen, daß das Volk von jeder Besinnung verlassen sein müßte, wenn es abermals auf einen Wahlschwindel hereinfallen würde. Durch Schaden muß sogar der deutsche Spießbürger klug werden. Gibt es doch außer den Agrariern und Panzerplattenfabrikanten keine Bevölkerungsschicht, deren Erwartungen nicht auf das schmählichste getäuscht worden sind. Keine der Wahlversprechungen ist gehalten worden. Auch in der letzten Tagung des Reichstages ist nichts geschehen, was geeignet wäre, den Unwillen der Massen über die Taten der Mehrheit zu verringern. Was ist aus den Versprechungen in bezug auf die Sozialreform hinsichtlich der Privatbeamten, die unter der Teuerung und unter der Unsicherheit ihrer Existenz schwer zu leiden haben, geworden? Als 1907 bekannt wurde, daß die sozialdemokratischen Mandate fast auf die Hälfte zusammengedrückt seien, da erklärte man: nun erst recht Sozialreform, um den Arbeitern zu zeigen, daß auch ohne eine starke sozialdemokratische Fraktion im Reichstage etwas für die Arbeiter getan wird. 1907 und 1908 ist aber nichts für die Arbeiter geschehen, weil man wie in einem Taumel Geld mit vollen Händen herauswarf, das noch dazu gepumpt war. Man hat 1909 keine Zeit gehabt, an die Arbeiter zu denken, weil man die Kassen des Reiches durch den großen Steuerraub füllen mußte, wofür nun die bürgerlichen Parteien bei den Nachwahlen abgestraft werden.

Der Tagungsabschnitt 1909/1910 wurde eingeleitet dadurch, daß man beschloß, die Witwen- und Waisenversorgung nicht in Kraft treten zu lassen. Besonders das Zentrum betrog die Arbeiter bei der Schaffung des Polltarifs, indem es für die Erhöhung der Lebensmittelpreise die Witwen- und Waisenversorgung in Aussicht stellte. Für alles andere war Geld zu haben, nicht aber für die Witwen und Waisen.

Mit den hungernden Witwen und Waisen darben die Massen des Volkes infolge jener unheilvollen Zollgesetzgebung und kommt die Witwen- und Waisenversicherung zustande, dann werden die Arbeiter zu der Schädigung durch die Teuerung auch noch höhere Beiträge für die Sozialgesetze zu zahlen haben. Und da stellt sich der Staatssekretär gegen Sozialreform, Delbrück,

im Reichstag hin und stöhnt darüber, daß es leider durch die soziale Gesetzgebung noch immer nicht gelungen sei, die Arbeiter mit der bestehenden Gesellschaftsordnung auszuföhnen!

Eine sonderbare Art der Versöhnungspolitik ist es auch, daß die Regierung jetzt keinen Finger rührt, um dafür zu sorgen, daß die Fleischsteuerung gemildert wird, weil die Agrarier es ihr verbieten. (Sehr wahr!) Auf unsere Interpellation hat die Regierung immer erklären lassen, die Steuerung sei eine vorübergehende Erscheinung und mit derselben faulen Lebensart begründet man auch jetzt, daß Abhilfemaßregeln nicht geschaffen werden sollen. Es ist ein verteuft schlechter Trost für die Hungernden, daß sie die Aussicht haben, in absehbarer Zeit wieder zu erträglichen Preisen Nahrungsmittel kaufen zu können, aber lebendig werden dadurch die Kinder nicht gemacht, die infolge der mangelnden Ernährung zugrunde gehen. (Sehr gut!) Wieder gut gemacht werden kann nicht das Unrecht, das an denen begangen wird, die infolge der Steuerung zu Eigentumsvergehen gedrängt werden und die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen. (Sehr gut!) Wenn der Regierung davon läge, daß dem Volke geholfen wird, dann würde jetzt der Reichstag tagen, um Maßregeln zu beraten, wie es der armen, besipflosen Masse leichter gemacht werden kann, sich satt zu essen. (Lebhafte Zustimmung.) — Der Reichstag müßte in dieser Zeit auch deswegen tagen, um erneut Stellung zu nehmen gegen das persönliche Regiment. Der Kaiser redet wieder! Erneut rief Wilhelm II. Beunruhigung dadurch hervor, im Inlande sowohl wie im Ausland, daß er entgegen der Zusicherung, die Reichstagskanzler Bülow im Dezember 1908 gegeben hat, abermals einwirkt auf die politischen Ereignisse durch seine Reden, daß er dadurch, wenn auch ungewollt, Erregung und Unsicherheit hineinträgt in die deutsche Politik. Durch seine Königsberger Gottesgnadenrede hat der Kaiser erneut das Bekenntnis zum Absolutismus abgegeben, unbeirrt um die Meinung des Volkes, um die Tagesansichten will Wilhelm II. seine Wege gehen. Wir werden den Rat, den er uns vor Jahren gegeben hat, niemals befolgen, den deutschen Staub von den Pantoffeln zu schütteln (bravo!), werden aber nichts untersucht lassen, um dafür Sorge zu tragen, daß den Vertretern der Gottesgnadenidee die Luft drückend wird im deutschen Vaterlande. (Lebhaftes Bravo!) Und wenn sie den Staub von den Pantoffeln schütteln würden, würde ihnen sicher die große Masse des deutschen Volkes keine Träne nachweinen. (Bravo!) Vor 20 Jahren hat Wilhelm II. dem deutschen Volke zugerufen: Herrlichen Tagen führe ich Euch entgegen. Wir haben endlich genug von dieser Sorte von Herrlichkeit, die uns beschert worden ist. (Bravo!) Und die darin besteht, daß breite Bevölkerungskreise hungern, daß die Ausgaben für Heer und Flotte ständig steigen, die Schuldenlast des Reiches sich ungeheuerlich vermehrt, das Reich nahezu an den Abgrund des Bankrotts getrieben worden ist. Zu den schwereren Verschuldungen der bürgerlichen Parteien gehört nicht zuletzt, daß sie in jenen Novembertagen aus Anlaß der Kaiserdebatte nur redeten, anstatt hinterher auch zu handeln. Sie haben es versäumt, damals dem persönlichen Regiment in Deutschland ein für allemal ein Ende zu bereiten. (Sehr wahr!) Die sozialdemokratische Fraktion hat es damals wie im letzten Winter nicht an der Forderung fehlen lassen, durch Aenderung der Verfassung endlich auch aus dem Deutschen Reich ein modernes freiheitliches Land zu machen. Das Bürgertum hat dabei versagt, trotzdem die Regierung in ihrer Finanznot vollständig abhängig war von der Volkswertretung und alles hätte zugestehen müssen. Wir sind uns darüber klar, daß auch, wenn es zu neuen Kaiserdebatten im Reichstage kommen wird, sobald der Reichstag zusammentritt, wir auf nennenswerte Unter-
stützung durch die bürgerlichen Parteien kaum zu rechnen haben werden. Es

Wird der Arbeiterklasse vorbehalten bleiben, Deutschland zu einem freiheitlichen, einem demokratischen Lande zu machen. Dem Bekenntnis des Kaisers zum Gottesgnadentum und Absolutismus setzen wir bei den kommenden Wahlen entgegen die Forderung nach der Republik. (Lebhafte Beifall.) Wir werden bei den kommenden Wahlen das Volk dazu aufrufen, daß es nicht länger seine Geschicke den getränkten Instrumenten des Himmels anvertraut. (Bravo!) Das deutsche Volk ist mündig geworden und muß das bei den nächsten Wahlen zum Ausdruck bringen. Das deutsche Volk kann sich das absolutistische Regierungssystem nicht länger gefallen lassen. Die nächsten Wahlen werden wir unter der Parole führen, daß endlich in Deutschland der Wille des Volkes höchstes Gesetz werde. (Lebhafte Beifall.) Und wir sind sicher, daß bei diesem Kampfe, bei diesem Streben auch in Zukunft die deutsche Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterklasse einig und geschlossen wie ein Mann den Kampf führen wird. (Stürmischer Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet. Zur Debatte stehen die Anträge 88, 89, 40 und 84 und die Resolution 96 (Partei Vorstand und Kontrollkommission), die sämtlich unterstützt werden.

Bromme-Lübeck: Mit dem Antrag 84 soll durchaus nicht gesagt sein, daß unsere Fraktion nicht zu jeder Zeit ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hätte. Ueber den Antrag, der aus der Mitte unserer Mitgliederversammlung gestellt wurde, kann ich mich kurz fassen. Seit Jahren betrachten die Schergen des Bluzaren auch das Land innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle als ihre Satrapie und häufen dort Verbrechen auf Verbrechen. Sie sind aber niemals von der Regierung angehalten worden, den an Leib und Leben Verlesenen genügende Entschädigung oder Genugtuung leisten zu müssen. Sie sind es eben gewöhnt, ihre Faustkredite und Stiefelspitzer mit Fußtritten zu regalieren. Es wird endlich Zeit, daß bei der nächsten Grenzverletzung durch die Goldkredite Nikolaus' des Blutigen der Regierung das Rückgrat gesteiht und sie aufgefordert wird, ihre Reichsangehörigen zu schützen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Fraktion zu überweisen.

Dittmann-Solingen begrüßt den Antrag 40. Der Antrag spricht ja eigentlich etwas Selbstverständliches aus, und jeder von uns wird wohl annehmen, daß die Fraktion eine eingehende und gründliche Kritik an der Wahlrechtsjustiz und der Streikjustiz üben wird, auch ohne daß sie dazu aufgefordert wird. Wenn trotzdem der Antrag gestellt ist, so vor allem, damit hier vor dem Parteitag aufgefordert werden kann, daß alle Parteiorde, in denen während des letzten Jahres in bezug auf Streik- und Wahlrechtsprozesse besonders Fahnenbüchsen geleistet ist, daran erinnert werden, daß sie das nötige Material an die Fraktion einsenden, um sie in den Stand zu setzen, auch wirklich gründliche Abrechnung mit der Klassenjustiz zu halten. Ich glaube es mir ersparen zu können, im einzelnen noch viel Sachliches zur Begründung zu sagen, denn die Strafprozesse, die seit Beginn dieses Jahres aus Anlaß unserer wichtigen Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen, Braunschweig und anderen Bundesstaaten auf unsere Genossen geradezu herabgeprasselt sind, sind Ihnen allen bekannt. Mit Gefängnis und mit Geldstrafen hat man versucht, unsere Wahlrechtsbewegung zu erstickern, und uns die Lust zu neuen Vorstößen zu nehmen. Sie kennen ja die Urteile gegen Wahlrechtsdemonstranten, gegen Versammlungs- oder Organisationsleiter und gegen Redakteure. Sie werden jedenfalls auch gelesen haben, in welch flagrantem Widerspruch in diesen Prozessen meist die eidlichen Aussagen der Polizeibeamten zu den eidlichen Aussagen der Zivilzeugen gestanden haben, und wie andererseits von den Gerichten in fast allen Fällen direkt oder indirekt die eidlichen Aussagen der Zivilzeugen für unglauwbildig und die der Polizeizeugen ohne weiteres für absolut glaubwürdig er-

Märk stand. Den Richtern dabei immer den guten Glauben zu erkennen, ist mir nicht möglich gewesen, und Ihnen wird es gerade so gegangen sein. (Zustimmung.) Ich habe oft den Eindruck gehabt, daß nach dem Grundgesetz verfahren ist: legt ihr nicht aus, so legt was unter. Die Justiz scheint geradezu an manchen Orten in manchen Fällen unter Polizeikommando zu stehen, und die Polizei über Recht und Gesetz. Kein Wunder, daß da die Polizisten gegen die Wahlrechtsdemonstranten vielfach gehäuft haben wie die Kofaten. Nun noch ein kraffes Beispiel von der Streifjustiz. Der oberste Leiter der Polizeibehörde, der Polizeinspektor, hat an die Leiter des betreffenden Verbandes, in dessen Hand die Leitung des Streikes lag, einen Brief geschrieben, in dem es hieß: Ich werde nicht dulden, daß hundert Schritt auf- und abwärts der Fabrik Streikposten stehen. Das Recht auf Streikposten stehen ist also direkt außer Kraft gesetzt worden. Vor Gericht erklärte nun der Herr unter seinem Eide, er hätte keinen Befehl gegeben, Streikposten nicht zu dulden. Das war ein kraffer Widerspruch, der durch keine Logik und Sophistik aus der Welt zu schaffen ist. Trotzdem erklärte das Gericht in seiner Urteilsbegründung: zwischen dem Schreiben des Polizeinspektors und seiner eidlichen Aussage besteht keinerlei Widerspruch. Solche Beispiele könnten zu Hunderten aus dem Lande angeführt werden. Ich bitte Sie, derartiges Material zu sammeln und der Reichstagsfraktion zu überweisen. (Beifall.)

Genossin Zellin: Es liegt ein Antrag vor, der Reichstagsfraktion nahezu legen, nach dem Beispiel eines italienischen Gesetzes einen Entwurf einzubringen gegen die mißbräuchliche Abgabe von Alkohol an Kinder. Ich bitte Sie bringend, diesen Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Ich weise auf die Verge von statistischem Zahlenmaterial, auf die unansehnlichen wissenschaftlichen Tatsachen hin, die bekräftigen, daß der Alkoholgenuß der Kinder zu deren körperlichem Ruin führen muß. Mit der körperlichen Gesundheit wird aber auch die geistige und sittliche Gesundheit der Jugend vernichtet. Jede Gesellschaft, die ihren größten Reichtum in dem Heranwachsen eines körperlich, geistig und sittlich gesunden Gefolges erblickt, müßte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den Alkoholgenuß der Jugend auftreten. Die kapitalistische Gesellschaft tut das nicht, sie kann das nicht tun, weil sie ihrem Wesen nach den Vorteil der einzelnen über das Wohl der Gesamtheit stellt. Sie will den Profit einiger weniger, die an der Produktion und an dem Verkauf von Alkohol interessiert sind, nicht hindern. Die Arbeiterklasse aber, die eine Klasse ist, die mit der Zukunft rechnet, der die Zukunft gehört, kann der Verwüftung leiblichen und geistigen Lebens nicht ruhig zusehen. Die körperliche, geistige und sittliche Gesundheit der Jugend gehört zu den wichtigsten Faktoren, die den Sieg des Proletariats für die Zukunft verbürgen. (Lebhafter Beifall.)

Sadelbush-Berlin: Auch ich bitte, den Antrag als Material zu überweisen. In einem Artikel der „Pädagogischen Zeitung“ wird die schädliche Wirkung des Schnapses auf den Körper in kraffer Weise geschildert. Danach erhielten im Kreise Mummelsburg in Pommern die Kinder, die bei einem Gutbesitzer arbeiteten, zum Frühstück, zum Mittag und zur Vesper Schnaps. Jedesmal erhielt ein Kind ein kleines Maß. Das ging so 4 bis 6 Wochen lang. So wird das Fundament zum späteren Säufer gelegt. Der Schnaps gilt dabei als ein Teil der Entlohnung und wird auf den Lohn angerechnet. (Hört! hört!) Solchen Mißständen muß entgegengetreten werden. (Beifall.)

Engler-Freiburg: In der Schweiz ist vor zwei Jahren ein Absinthverbot erlassen worden. Das war notwendig wegen einiger graufamer Verbrecher, die nach starkem Absinthgenuß begangen wurden. Nun haben die Absinthfabriken ein großes Absatzgebiet verloren. Daher versuchen sie nun, in Süd-

deutschland ihr Gift abzugeben. (Hört! hört!) Dagegen müssen wir einschreiten, ehe dieses Gift seine stetige Wirkung ausübt. (Sehr richtig!) Es ist auch unsere verdammt Pflicht, die Genossen darauf hinzuweisen, daß Sonntags nachmittags, wenn sie im Biergarten sitzen, die lieben Kinder nicht von jedem Glase Bier oder Schnaps etwas abhaben müssen. (Beifall.)

Alten-Lachen: Nehmen Sie den Antrag 38 einstimmig an. Speziell in Baden herrschen noch Mißstände. Unsere Jugendorganisationen werden vom Zentrum, der Kleriker und den „Christlichen“ aufs schärfste bekämpft.

Vor drei Wochen hat sich etwas ganz Unglaubliches ereignet. Im katholischen Verein wurde eine Verlosung von — sechs Litern Schnaps veranstaltet. (Lebhaftes Hört! hört!) Und die Mitglieder des christlichen Jünglingsvereins gingen in die Fabriken und Häuser, um die Lose an den Mann zu bringen. Es waren 200 Lose zu 10 Pf. Wir kamen dahinter und ließen in der „Rheinischen Zeitung“ einen Artikel los, der natürlich erzehrerisch wirkte insofern, daß die Jünglinge nicht weiter mit Losen herumgeschickt wurden, sondern daß die Verlosung in einem katholischen Verein stattfand. Das geschah in Lachen am Tage St. Peter. (Stürmisches Hört! hört!) So wird die katholische Jugend mißbraucht, um Lose für eine Schnapslotterie zu verkaufen. Ich möchte auch deshalb eruchen, den Antrag 38 bestimmt anzunehmen. (Beifall.)

Wurm-Berlin: Im engen Zusammenhange mit unseren Bestrebungen, die Jugend gegen die alkoholische Vergiftung zu schützen, stehen die Bestrebungen, die ganze Bevölkerung überhaupt vor der Alkoholvergiftung zu bewahren. Wir wissen zwar noch nicht genau, und können noch nicht zahlenmäßig feststellen, wie der Aufbruch der Partei an die Arbeiter, sich des Schnapskonsums unbedingt zu enthalten, sowohl aus gesundheitlichen Gründen, als auch um den Junkern nicht die Lücke zu füllen, Wirkung gehabt hat. Aber wenn auch die Statistik des Branntweineverbrauchs mit Hilfe der Spirituszentrale noch verschleiert wird, so ist doch zweifellos der Schnapskonsum bedeutend zurückgegangen, und daß dieser Rückgang nicht unbeträchtlich sein muß, wird dadurch bewiesen, daß sich die Junker und ihre Regierung vorbereiten, um einen heimtückischen Streich gegen die Schnapsbohntsbewegung zu führen. (Hört! hört!) Sie wissen, der Profit der Junker entsteht dadurch, daß die Menge des trinkbaren Branntweins gesetzlich beschränkt, kontingentiert wird. Dieses Kontingent, das mit einem niederen Steuersatze belegt ist, wird stets so festgesetzt, daß es den Verbrauch nicht deckt. Nun wirkt natürlich der über das Kontingent hinausgehende Verbrauch preisbildend auf den gesamten Spiritusabfah. In dem Augenblick, wo der Konsum herabsinkt auf das gesetzlich festgesetzte Kontingent mit dem niedrigen Steuersatz, verschwindet der Extraprofit der Junker, die Liebesgabe. Durch unseren Aufbruch an die Arbeiter ist der Schnapsverbrauch so weit zurückgegangen, daß er dieser Grenze sich offenbar nähert, so daß es möglich erscheint, das Volk von der Liebesgabe, von der Sonderabgabe an die Junker zu befreien. In dem Augenblick, wo nun das Volk Anstalten macht, sich diese Befreiung durch die Enthaltung vom Schnaps zu verschaffen, beschäufte sich der Bundesrat mit dem Plane, das Kontingent herabzusetzen und dadurch die Liebesgabe zu retten. (Stürmisches Hört! hört!) Damit der Rückgang des Konsums nicht den Profit der Schnapsbrenner schädigt, und das Volk weiter ausgebeutet werden kann. Das wurde ausgeplaudert von einem jener Brenner, die mit der geplanten Herabsetzung des Kontingents unzufrieden sind.

Die Spirituszentrale, diese Riesenmacht von Junkern und Banken, hat längst großen Einfluß auf die Regierung und den Bundesrat. Voraussichtlich wird schon in der nächsten Reichstagsession ein solches Vorgehen des Bundesrats zu erwarten sein. Dabei ist noch zu betonen, daß jene agrarischen

Volksbergifter und Volksausräuber den Konsum im Inlande dadurch künstlich verteuern, daß sie unter dem deutschen Marktpreise Spiritus nach dem Auslande verlaufen —, dieselben Herren, die sich nicht genug tun können in Verteuerungen ihres Patriotismus, sorgen so mit Unterstützung der für die Volksgesundheit verantwortlichen Regierung für ihre Tasche, indem sie den Schnaps, den die Arbeiter nicht mehr trinken, vom deutschen Markt entfernen, um den Preis noch weiter hinaufstreifen zu können. In dreifacher Weise plündern sie also die Gläubigen und Armensten und wir protestieren hier auf das energischste dagegen, daß dieser Wucher, diese Ausbeutung mit Zustimmung aller einzelstaatlichen Regierungen in Nord und Süd fortgeführt wird (lebhafter Beifall), und wir ersuchen die Fraktion, diese Angelegenheit im Auge zu behalten. (Allseitiger lebhafter Beifall.)

Ged.: Der Reichstag hat sich bereits mit der Frage der Gefahr des erhöhten Abfinkgenusses beschäftigt, allerdings nur in der Petitionskommission. Ich kann im Augenblick nicht bestimmen sagen, welches das Resultat der Beratungen war. Ich weiß nur, daß es uns nicht gelungen ist, die Angelegenheit vor das Plenum zu bringen. Soviel ich weiß, ist die Kommission über die Petition zur Tagesordnung übergegangen, weil eine Mehrheit der bürgerlichen Abgeordneten gegen die Abfinkindustrie nicht Stellung nehmen wollte und, wenn ich mich recht erinnere, auch die Regierungsvertreter erklärt haben, daß die Gefahren noch nicht hinreichend festgestellt seien. Was die Vergiftung durch Alkohol betrifft, so betamen in bauerlichen Gegenden bisher Kinder zu ihrer angeblichen Beruhigung Schnaps. Ich weiß auch, daß Kirchwasser in sogenannten Schwüllern von Hebammen zu diesem Zwecke verordnet wird. (Hört! hört!) Es muß also dahin gewirkt werden, daß in den Kreisläusen der Hebammen die Gefahr geschildert und ein gesetzliches Verbot der Verabreichung von Schnaps an Kindern herbeigeführt wird. (Bravo!)

Ragenstein-Stralsund: Die Bekämpfung des Alkoholgenusses der Jugend muß durch verschiedene Mittel geschehen. Die Jugend muß planmäßig durch die Schule aufgeklärt werden, und im übrigen werden Maßnahmen zu treffen sein, die im Rahmen der Gewerbeordnung liegen. Daß hier eine besondere Notwendigkeit besteht, das beweist das reiche Material über die ungeheure Ausdehnung des Alkoholgenusses in der Jugend. Es sind darüber in einer ganzen Reihe von Schulen Erhebungen veranstaltet worden. In dem Buch von Hirsch über Verbrechen und Prostitution finden Sie derartige Material aus Braunschweig und einer Reihe anderer Städte. Daraus ersehen wir, daß in geradezu ungeahntem Umfange den Kindern, bis herab zum jüngsten, Bier, Wein und sogar Branntwein zu trinken gegeben wird, und daß das in körperlicher und geistiger Hinsicht auf die Kinder von aller schlimmstem Einfluß ist. In einer Reihe von Städten, wie z. B. in Wien, ist der Zusammenhang zwischen Alkoholismus und Betragen der Kinder untersucht worden, und es hat sich gezeigt, daß in demselben Maße, wie den Kindern Alkohol gegeben wird, ihre Leistungen herabgesetzt werden und ihr Betragen sich verschlechtert. Es handelt sich also um eine ganz besonders wichtige Frage, und ich möchte daher auch die Aufforderung von Engler unterstreichen: Es ist eine wichtige Pflicht jedes Parteigenossen und jeder parteigenössigen Mutter, nicht selbst zur Vergiftung der Kinder beizutragen. (Sehr richtig!) Was nun die Frage des Absinthverbotes anbetrifft, so liegen so schlagende Erfahrungen aus dem Ausland, aus Frankreich und der Schweiz vor, daß wir nicht nötig haben, erst noch die gleichen schlimmen Erfahrungen zu sammeln. Wir warten ja auch nicht ab, bis die Cholera Hunderttausende von Opfern bei uns gefordert hat, sondern treffen vorher unsere Vorkehrungen. (Sehr gut!) Gerade bei den politisch freien Völkern der Schweiz und den skan-

dinavischen Ländern hat man sich mit Bewußtsein bindende Beschränkungen gegen die Veralkoholisierung des Volkes geschaffen, während in den absolutistisch regierten Staaten, Rußland und Preußen, der Alkoholismus verheerend wirkt. Nun noch ein Wort zum Branntweinbott. Auf dem vorigen Parteitag ist er einstimmig mit großer Begeisterung beschlossen worden. Er hat auch gewisse Wirkungen ausgeübt, aber diese Wirkungen sind weit hinter dem zu rückgeblieben, was gesehen kann, wenn der ernste Wille vorhanden ist. Und das hängt wesentlich von dem Verhalten der maßgebenden Parteiorgane ab. In Breslau z. B. ist durch Erhebungen festgestellt, daß in den Arbeiterkreisen der Branntweingenuß außerordentlich zurückgegangen ist, in den Wirtschaften, wo andere Kreise verkehren, nicht. (Hört! hört!) Die Breslauer „Volkswacht“ hat aber auch ihre volle Schuldigkeit bei der Propagierung des Branntweinbotts getan, ebenso wie die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und andere Parteiblätter. Es gibt aber auch Parteiorgane, die genau entgegengesetzt gehandelt haben. Ich erinnere an den Artikel Mehrings in der „Neuen Zeit“ und an die „Bremer Bürgerzeitung“, die den Beschluß nicht durchzuführen, sondern abzuschwächen versucht haben. In Bremen soll denn auch von den Wirkungen des Bottkotts nur sehr wenig zu spüren sein. Wir haben gestern mit großer Mehrheit beschlossen, daß es kein schlimmeres Vergehen gibt, als bewußte Aufschwächung gegen einen Parteitagsschluß. (Sehr gut!) Das gilt auch für den Schnapsbott. Ich bitte Sie, dahin zu wirken, daß auch in den Inseratenpaltalen der Parteiblätter die Konsequenzen aus diesem Parteitagsschluß gezogen werden, damit der Beschluß so durchgeführt wird, wie es den segensreichen Absichten, von denen er ausgegangen ist, entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Henke - Bremen: Daß von den Wirkungen des Branntweinbottkotts in Bremen nichts zu spüren sein soll, ist eine Unwahrheit. Die Behauptung Ragensteins in bezug auf die Stellung der „Bremer Bürgerzeitung“ stimmt insofern, als diese Zeitung dem Artikel des Genossen Wehring, wonach der Schnapsbott nicht in der Lage sei, die Wirkungen zu zeitigen, die man sich von ihm versprochen habe, zugestimmt hat. Es ist selbstverständlich erlaubt, an einem Parteitagsschluß Kritik zu üben. Der Inhalt des Artikels war, daß, wenn es richtig ist, daß die Trinksitzen, Volkskrankheiten wie der Alkoholismus Wirkungen der jeweiligen ökonomischen Zustände einer Zeit und eines Landes sind, wie das die materialistische Geschichtsauffassung ergibt, selbstverständlich nicht gleichsam von oben herab, durch einen Beschluß des Parteitages jene Wirkungen erzielt werden können, die man sich vielfach in Abtinentenkreisen von dem Bottkott versprochen hat. Ich gebe durchaus zu, daß der Konsum von Trinkbranntwein insofern des Bottkotts zurückgegangen ist und ich kann Ihnen als Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“ versprechen, daß dieses Organ wie bisher dem Beschluß des Parteitages die größtmögliche Wirkung zu verschaffen suchen wird. Es ist nicht wahr, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ sich um diesen Beschluß nicht gekümmert hat. Wenn sie auch ihre gegenwärtige Meinung zum Ausdruck brachte, so hat sie doch, genau wie alle andere Parteiblätter, die Aufforderung zur Befolgung dieses Beschlusses viele Male bei passenden Gelegenheiten, Gewerkschaftsfesten, Märschen usw. gebracht. Seien Sie überzeugt, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ und die Bremer Parteigenossen Parteitagsschlüsse achten und ausführen. Wir baden nicht daran, die Wirkung des Schnapsbottkotts abzuschwächen.

Vortragender Klüh: Ich schlage jetzt Vertagung vor. Es ist nach ein Antrag Baumann und Genossen eingegangen, der sich ebenfalls gegen die Steuer- und Zollpolitik und die dadurch herbeigeführte künstliche Verteuerung der Lebensmittel wendet.

Klagenheim - Straßburg (persönlich): Ich habe erklärt, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ die Wirkung des Schnapsbottotts abgeschwächt hat. Das ist eine Tatsache. Gewiß, sie hat nachher die Aufforderung gebracht, den Bottott zu befolgen. Wie kann das aber wirksam sein, wenn vorher die Unwirksamkeit des Bottotts dargelegt wird und zwar auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung, die zu allem herhalten muß.

Vorsitzender Klühs: Die Geschichtsauffassung ist nicht persönlich.

Senke - Bremen (persönlich): Ich muß ganz entschieden bestreiten, daß durch uns die Wirkung des Bottotts verringert worden ist. Kritik hat die „Bürgerzeitung“ geübt und das wird sie auch weiter tun.

Fleißner - Dresden erhält das Wort zu einer berichtigenden Erklärung: Der Parteitage delegierte Hellmann als Chemnitz, Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, hat in diesem Blatte einen Artikel über die Budgetdebatte des Parteitage gebracht. Er hat in diesem Artikel meine Ausführungen in folgendem Satze besprochen: „Nur auf eine Bemerkung aus der Debatte, möchten wir besonders hinweisen. Es ist die satte Selbstzufriedenheit, mit der Genosse Fleißner - Dresden rühmte, daß die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion auch im sächsischen Landtage wesentlich besser geworden sei.“

Ich möchte sachlich richtigstellen, daß ich weder von „Errungenschaften“ unsererseits im sächsischen Landtage gesprochen habe, noch viel weniger davon, daß es sich um „rühmliche“ Errungenschaften handeln könne. Ich vermahne mich gegen diese ganz willkürliche und völlig unmotivierte Unterstellung, Ueber die durchaus verletzende Form des Angriffs verliere ich kein Wort. (Weifall.)

Darauf werden kurz vor 11 Uhr die Verhandlungen vertagt.

Am Nachmittage unternimmt der Parteitag einen Ausflug nach Thale.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 23. September 1910. — Vormittagsitzung.

Vorsitzender Klühs eröffnet die Verhandlungen um 9½ Uhr. Die Diskussion über den parlamentarischen Bericht wird fortgesetzt.

Schöne-Bischopau: Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt der Redner, die gegen den Mißbrauch des Alkohols gesprochen haben. Wir haben das bekannte Plakat mit der Schnapsflasche in großer Zahl verbreitet. Wir sind an die Gemeindefrankenkassen, Fabriken und Schulen gegangen und haben die Genehmigung nachgesucht, das Plakat aushängen zu dürfen. Erst nach uns hat sich die Schulbehörde mit dieser Frage beschäftigt. Auch im Gemeindeamt hängt das Plakat öffentlich aus. Wir empfehlen diese Maßnahmen den anderen Organisationen. (Weifall.)

Genossin Biez begründet die Resolution des Vorstandes und der Kontrollkommission über die Fleischsteuerung. Der schwere Druck, unter dem vor allem die Arbeitererschaft, aber auch weite Kreise des Bürgertums leiden und der durch die agrarische Zoll- und Protektionspolitik hervorgerufen, ist geradezu unerträglich geworden. In der gegenwärtigen Zeit ist es vor allem die Fleischsteuerung, die in allen Gegenden des Reiches zum schärfsten Protest gegen diese Politik herausgefordert hat. Die ungeheure Verteuerung des Fleisches, des Brotes und unserer Nahrungsmittel überhaupt führt dazu, daß die Arbeitererschaft um die Früchte ihrer jahrelangen gewerkschaftlichen Kämpfe betrogen

wird. Sie führt weiter dazu, daß die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt, daß ihre Gesundheit auf das schwerste geschädigt und sie der Degeneration entgegengeführt werden, daß die Sterblichkeit und vor allem die Kindersterblichkeit außerordentlich zunimmt. Wir verlangen deshalb, daß alle diese zollpolitischen Maßnahmen beseitigt, daß vor allem auch der schlimmste Auswuchs des agrarischen Protektionsystems, die Einfuhrscheine, aufgehoben, daß alle die schändlichen Ausführungsbestimmungen, die hinsichtlich der Einfuhr von Vieh und Fleisch bestehen, aus der Welt geschafft werden. Es klagen an alle diejenigen Männer, die infolge der ungeheuren Verteuerung der Nahrungsmittel in ihrer Gesundheit gelitten haben und in ihrer Leistungsfähigkeit an der Arbeitsstätte herabgedrückt sind. Es klagen an die Mütter, die gezwungen sind, ihre Kinder zu Hause ohne Aussicht zu lassen, um das Brot mit zu verdienen. Es klagen an alle jene Mütter, deren Kinder Hunger leiden. Es klagen an alle Mütter, deren Viehlinge infolge der furchtbaren Verteuerung und der dadurch bedingten Unterernährung frühzeitig ins Grab sinken. Es klagen an alle diejenigen Personen, die infolge der wirtschaftlichen Notlage auf dem Weg des Verbrechens und vor allem des Eigentumsübergangs gedrängt worden sind und die Gefängnisse füllen. Es klagen an alle jene Frauen und Mädchen, die infolge der wirtschaftlichen Notlage auf dem Weg der Schande getrieben, der Prostitution anheimgefallen sind. Das Volk hat es satt, sich ausbeuten und unterdrücken zu lassen im Interesse derjenigen, die ganz besonders unsere politischen Gegner und Feinde sind: der Krautjunker und Ojengrafen, der politischen Hausnechte der Bourgeoisie. Ich verweise darauf, daß den Großgrundbesitzern die Taschen gefüllt werden nicht nur durch die Zollpolitik, sondern vor allem auch durch dies Protektionsystem und die Einrichtung der Einfuhrscheine. Dies System der Einfuhrscheine führt besonders in der Zeit der hohen Fleisch- und Brotpreise zur Ausführung des Brotgetreides, damit zur Entblühung des inländischen Marktes, zur Verteuerung des Brotgetreides und der Futtermstoffe und zur Verteuerung von Vieh und Fleisch. (Sehr richtig!) Ist es nicht geradezu ein Skandal, daß in der Zeit, wo die Regierung Umschau hält, um wiederum auszulügeln, was für neue Steuern in Zukunft in Aussicht genommen werden sollen, in der Reichskasse, in die die Zölle fließen, schon im Juli dieses Jahres für 32 Millionen Mark Einfuhrscheine zu finden waren statt des baren Geldes? (Hört! hört!) Die Folge ist nicht nur die, die Kasse gestern geschilbert hat, daß man deshalb für die Witwen- und Waisensicherung kein Geld übrig hat, sondern wir haben weiter damit zu rechnen, daß man uns infolge des so entstandenen Defizits noch neue Steuern zu den alten auferlegt. Auf der einen Seite wird unsere Lebenshaltung herabgedrückt infolge dieses Wirtschaftssystems und auf der anderen Seite werden den Leuten die Taschen gefüllt und wird ihre wirtschaftliche, ihre soziale Macht, ihr politischer Einfluß gestärkt, die unsere schlimmsten politischen Gegner sind, die in erster Linie die Schul trifft, daß wir als Staatsbürger zweiter und dritter Klasse im größten deutschen Bundesstaate, Preußen, bisher behandelt werden. Es ist gewiß das Geringste, was wir fordern, wenn in der Zeit der allgemeinen Verteuerung, in der Zeit, in der selbst das auserwählte Instrument des Himmels 3½ Millionen Mark Zulage bekommt, weil er infolge der Verteuerung seinen Haushalt nicht mehr aufrecht erhalten kann. (Sehr gut!) Die Arbeitererschaft verlangt: fort mit diesen Maßnahmen, die uns in unserer Lebenshaltung, in unserer Leistungsfähigkeit an der Arbeitsstätte und im politischen und wirtschaftlichen Kampf herabdrücken. (Sehr wahr!) Es genügt aber nicht, daß wir hier diese Forderung erheben, sondern wir haben auch dafür zu sorgen, daß die am meisten Interessierten, die großen Volksmassen, in immer weiterem Umfange die Träger

dieser Forderungen werden, daß sie selbst erklären: wir haben es satt, daß unsere politischen Feinde auf Grund unseres Hungers ihre Machtstellung aufrechterhalten. Darum heißt es in der vorliegenden Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, daß wir, nachdem wir hier die Forderung erhoben haben, nachher auch draußen mit aller Schärfe den Kampf gegen dies System fortsetzen. Es ist dieser Kampf gleichzeitig die beste Gelegenheit, um die indifferenten Massen, die Männer und Frauen zu politischem Leben zu erwecken, sie politisch zu organisieren und sie damit einzureihen in das große Heer der proletarischen Klassenkämpfer, die in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung finden.

Genossen und Genossinnen! Als weibliches Parteimitglied möchte ich Sie weiter bitten, daß Sie diese Bewegung ganz besonders zur Agitation unter dem weiblichen Proletariat ausnützen. Gewiß ist es Sache des Volkes, gegen den Lebensmittelwucher zu kämpfen, aber in erster Linie Sache des weiblichen Teiles des Volkes, der am schwersten darunter zu leiden hat. (Sehr richtig!) Wenn Sie unsere Resolution annehmen und nach ihrem letzten Absatz verfahren, wenn Sie dafür sorgen, daß die Massen mehr und mehr Träger des Protestes werden, wenn Sie den roten Born des Volkes entflammen gegen die Auswucherung und ihre Träger, so schaffen wir die Vorbedingungen, daß endlich einmal gründlich aufgeräumt werden kann mit diesem schamlosen Auswucherungssystem! (Lebhafter Beifall.)

Linchen Baumann - Hamburg: Unsere Resolution ist beantragt worden in erster Linie durch einen Beschluß der internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen. Dort ist von den österreichischen Genossinnen ein Antrag eingebracht worden, der uns verpflichtet, allenthalben gegen den Lebensmittelwucher zu protestieren, und die Konferenz hat auch so beschlossen. Es soll ganz besonders die Propaganda unter den proletarischen Frauen betrieben werden, und in einer Besprechung der österreichischen und deutschen Genossinnen wurde man sich darüber einig, daß es sehr wirksam sein würde, in beiden Ländern zur gleichen Zeit und zwar in diesem Herbst diese Agitation zu betreiben. Die Feuerung des Fleisches hat fortwährend zugenommen, und es ist noch gar keine Aussicht vorhanden, daß die Fleischpreise wieder sinken. Wir werden also sicherlich die besten Erfolge in bezug auf Besuch der Versammlungen und die Wirksamkeit des Protestes zu verzeichnen haben. Auf einer schleswig-holsteinischen Frauenkonferenz wurde dieser Anregung zugestimmt und eine Resolution angenommen, welche besondere Frauenversammlungen gegen den Lebensmittelwucher in diesem Herbst wünscht. Es wäre sehr wirksam, wenn diese Versammlungen, die im ganzen Reiche stattfinden sollen, in einen kurzen Zeitraum zusammengedrängt werden könnten. — Die Regierung tut nichts, um dem Lebensmittelwucher zu steuern. Aus Sachsen berichtet das „Berliner Tageblatt“, daß die Ernährung des arbeitenden Volkes ungeheuer niedrig liege, daß der Fleischkonsum dort weit niedriger ist als im Reichsdurchschnitt. Aber anstatt Untersuchungen über die Haushaltsgesundheits der arbeitenden Bevölkerung zu veranstalten, hat die Regierung vorgezogen, den Landeskulturrat zu befragen, welche Mittel zur Bekämpfung der Fleischnot anzuwenden seien. Im Landeskulturrat sitzen fast lauter Mitglieder des Bundes der Landwirte. Daher darf es uns nicht wundern, daß die Antwort lautet: Werden die Abwehrmaßnahmen aufgehoben oder gemildert, so kommen Seuchen ins Land, die Viehzucht wird bedroht, und dann tritt erst wirkliche Fleischnot ein. Anders wird die Antwort lauten, wenn wir die proletarischen Frauen fragen, wie sie unter der Fleischnot leiden.

Die Grenzsperrren werden ganz ungeheuer rigoros gehandhabt; wenn zum Beispiel an der deutsch-dänischen Grenze im Koffer der Reisenden ein

Stück Fleisch gefunden wird, so wird es konfisziert und einfach verbrannt. Es darf um Gotteswillen niemand der Wohlfahrt teilhaftig werden, ein dänisches Stückchen Fleisch in den Koffer zu bekommen.

Die Versammlungen, die in der letzten Zeit gegen den Lebensmittelwucher abgehalten wurden, waren meistens beruht mit dem Protest gegen die Rede des Kaisers. Dadurch wurde die Wucht der Agitation gegen den Fleischwucher erheblich abgeschwächt und insbesondere waren, wie stets in allgemeinen politischen Versammlungen, die Frauen, die ihren Haushalt zu führen und oft kleine Kinder zu versorgen haben, nur in kleiner Anzahl erschienen. Das Gegenteil wird eintreten, wenn besondere Frauenversammlungen einberufen werden.

Zu dem von uns geforderten Flugblatt an die Frauen, das vom Parteivorstand herausgegeben werden soll, wünschen wir, daß darin womöglich durch Illustrationen die Wirkungen des Lebensmittelwuchers den Proletarierfrauen vor Augen geführt werden. Wir beantragen ferner, daß dieses Flugblatt den Organisationen durch den Vorstand unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, damit nicht, wie so oft, in Gegenden, wo schwache Organisationen sind, die Verbreitung unterbleibt. Die Organisation der Frauen in unserer Partei hat gute Fortschritte gemacht. Wir haben jetzt bereits 82 000 weibliche Mitglieder. Nützen wir den Lebensmittelwucher im Sinne unserer Vorschläge zur Agitation aus, und ich glaube sicher, daß wir in der nächsten Zeit diese Zahl noch weiter zu steigern in der Lage sind. Denn der Eintritt der Frau in die sozialdemokratische Partei ist der wirksamste Protest gegen dieses System der Volkswucherung. (Beifall.)

Der nur 15 Unterschriften tragende Antrag 98 wird auf Anfrage des Vorsitzenden ausbrechend unterstützt.

Kunert-Berlin: Moske bezog sich in seinem vorzüglichen Referat bei seinen Darlegungen über die ungeheuren Kosten des Militarismus lediglich auf die durch den Etat ordnungsmäßig bewilligten Ausgaben. Ich habe mit Erfolg bestimmte Eruierungsmäßig eingezogen, und verfüge dadurch über tatsächliches Material, das ich später im Parlament veröffentlichen will. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß abgesehen von den durch den Reichsetat bewilligten Ausgaben des Militarismus noch nebenher aus illegalen Geheimquellen gespeist wird, daß Geheimfonds, alias schwarze Fonds, sowie Dispositionsfonds in den Händen der Beamtenschaft und sogenannter hoher und allerhöchster Personen vorhanden sind, aus denen dem Militarismus Geld zufließt. Wenn irgend etwas das Proletariat zur Wachsamkeit veranlassen muß, so ist es diese Tatsache, die ich im Reichstag klarstellen werde. Vor allem sollen meine parlamentarischen Vertreter in den deutschen Bundesstaaten, und wir finden darunter ganz besonders ein Musterland — nicht Baden, sondern ein anderes —, wo dieser ungeheuerliche und verfassungswidrige Zustand aufs stärkste ausgebildet ist.

Bei einer früheren Debatte hat Heilmann eine überaus lebhaftes Schilderung der Abstimmung über den Etat gegeben, die schon gebührend gekennzeichnet ist. Das war allerdings kein wahres Bild, sondern eine Karikatur, und doch müssen wir ihm auch für den Hinweis dankbar sein. Mit Recht hat Lebebour betont, daß es sich bei der Ablehnung des Budgets um einen politischen Akt und nicht um eine Demonstration handelt, und auch Webel hat idealisierend erklärt, man könne doch nicht verkennen, daß bei der Budgetablehnung ein feierliches Moment in Betracht komme. Wenn das der Fall ist, dann muß man der Sache aber doch näher treten. Ich stehe jetzt 20 Jahre lang im Parlamentarismus und habe bei keiner dergleichen Abstimmung den Eindruck ge-

habt, daß wir wirklich vor einem großen oder feierlichen Moment stehen. Das liegt an dem surschönen Durcheinander bei der dritten Abstimmung, so daß kaum ein Mensch weiß, was geschieht. (Zeitweise Zustimmung.) Natürlich handelt es sich nicht um den Inhalt, sondern um die Form, und die Form kann dadurch verbessert werden, daß die sozialdemokratische Fraktion eine kurze Erklärung über ihre prinzipielle Stellung zum Budget und über die aktuellen Vorgänge des letzten Etatsjahres abgibt. Ich stehe im übrigen nicht auf dem Standpunkt, daß die Form ausschlaggebend ist, nicht einmal der Parlamentarismus in künftiger Zeit. Ich meine vielmehr, wenn sich das Proletariat befreien will, dann werden wir uns schließlich vom Parlamentarismus emanzipieren und außerordentlich drastische Mittel anwenden müssen, um unser Ziel zu erreichen. (Lebhafte Bravo!)

Genossin Zieg: Ich habe im Namen des Vorstandes vorzuschlagen, den Antrag 98 insoweit zu ändern, daß nur den finanzschwachen Kreisen die Flugblätter unentgeltlich geliefert werden, während die finanzstarken Kreise zu zahlen hätten. In dieser Form empfiehlt der Vorstand einstimmige Annahme des Antrages.

Heilmann-Chemnitz: Ich will noch eine kurze Bemerkung machen zu dem, was Punert gesagt hat. Punert hat alles bestätigt, was ich vorgestern ausgeführt habe. Ich bin ganz seiner Meinung, daß die Form der Budgetverweigerung wirkungsvoller ausgestaltet werden soll. Ich war aber der Ansicht, daß diese Erklärung, daß wir das Budget ablehnen müssen und die Gründe, aus denen wir das Reichsbudget selbstverständlich ablehnen, bereits in der ersten Lesung in feierlicher Form dargelegt werden. Auf diese Erklärung in erster Lesung, diese allgemein politisch-prinzipielle Erklärung, hört die ganze bürgerliche Welt. Ich sage nochmals, daß wir auf die wirken müssen, weil wir daraus unsere neuen Anhänger gewinnen wollen. (Sehr richtig!) Diese Erklärungen sind die wirkungsvollsten und in dieser Beziehung habe ich gemeint, daß die Budgetabstimmung nicht die Bedeutung hat, die man ihr zugeschrieben hat. (Zustimmung.)

Vorsitzender Dietz: Die Diskussion ist geschlossen.

Der Berichtspatier Roske verzichtet aufs Schlusswort.

Die Anträge 98 und 99 werden der Reichstagsfraktion überwiesen. Die Anträge 40 und 84 werden angenommen, ebenso die Resolution 96. Weiter wird angenommen der Antrag 98 mit dem Zusatzantrag Zieg, wonach die Flugblätter den finanzschwachen Kreisen unentgeltlich geliefert werden sollen.

Damit ist der Punkt der Tagesordnung „Parlamentarischer Bericht“ erledigt.

Auf Antrag Liebknecht wird nunmehr mit Rücksicht auf die Anwesenheit eines Vertreters des Vorstandes der finnischen Partei der Antrag 75 zunächst verhandelt. Zur Begründung erhält das Wort

Dr. Liebknecht: Zunächst möchte ich Sie bitten, meinem Antrage hinzuzufügen:

„Der Parteitag brandmarkt die preussische und hessische Regierung, die den Repräsentanten einer barbarischen, gefeßelten und hochverräterischen Willkürherrschaft gegen die Empörung des deutschen Volkes durch Maßnahmen zu schützen versuchen, durch die die deutschen Geseze rückwärtslos mit Füßen getreten werden, und so auch in Deutschland eine barbarische Willkürherrschaft etabliert wird.“

Seit sechs Jahren hat sich die deutsche Sozialdemokratie fast Jahr für Jahr auf ihren Tagungen mit irgendwelchen russischen Angelegenheiten zu befassen gehabt. Bald waren es die unwürdigen Vorgänge auf Kontrollstationen, bald

die Ausweisungskandale, bald die Frage einer deutschen Intervention aus Anlaß der russischen Revolution, bald die russische Revolution selbst, unsere glänzende Hoffnung aus den Jahren 1904 bis 1906. Bald haben wir es zu tun mit einem Hochverrats- oder Geheimbundsprozeß und anderen Liebedienereien, die im Interesse des Zarismus von deutschen Behörden verübt werden. Schon im bergangenen Jahre hatten wir uns damit zu beschäftigen, daß der Zar deutschen Boden zu betreten gewagt hatte. Im vorigen Jahre ist er durch Deutschland hindurchgeschlüchtet, er hat sich vor der Bevölkerung nirgends setzen lassen, er hat sich damals — ein Ausdruck des bösen Bewußtseins, von dem er gepreißelt ist, er, der Repräsentant des fluchbeladenen russischen Systems — vor dem deutschen Volke verborgen gehalten. In diesem Jahre steht es anders, da müssen wir es erleben, daß der Zar von einem deutschen Fürsten als Gast aufgenommen wird auf Monate hinaus, in einer Weise, wie sie ehrenvoller einem auswärtigen Fürsten kaum je zuteil geworden, daß man zu seinem Schutze deutsche Militär und deutsche Polizei kommandiert, daß zu Ehren des Repräsentanten jenes Systems, auf dessen Konto die Schändung der Spiridowna verzeichnet ist, Ehrenjungfrauen aufgestellt werden. Allerdings haben sie ihm die Ehrerbietung mit der Hinterfront erweisen müssen, weil man es offensichtlich doch für etwas gefährlich ansah, den Zaren selbst diesen spalterbildenden Personen von Angesicht zu Angesicht zu präsentieren. Es sind deutsche Steuergroßchen ausgegeben worden für diesen Empfang und Aufenthalt des Zaren. Der Zar hat es wagen dürfen, sich offen wie ein freier Bürger Deutschlands vor dem Publikum in verschiedenen Ortschaften, wie Naheim, Homburg usw., sehen zu lassen. Er bewegt sich unter dem Schutze der deutschen Polizei noch gegenwärtig so frei in Deutschland, wie er es niemals in Rußland selbst tun dürfte. Es ist ein unerträglicher Gedanke, während es weder in Frankreich noch in Italien noch sonstwo möglich wäre, daß gerade Deutschland dazu ausersehen ist, diesem Manne, der in seinem eigenen Lande unsicht und flüchtig hin und her gehet wird, der sich allenthalben verstecken muß wie ein verfolgter Räuber, die Möglichkeit zu geben, frei und offen aufzutreten, wie ein Mensch, der ein Anrecht auf die Achtung seiner Mitmenschen hat. Ich meine, das ist eine Schmach für Deutschland. (Sehr wahr!) Es ist unerträglich, daß durch ein derartiges Verhalten dem Zaren vor der Kulturwelt durch die Hilfe der deutschen Behörden ein neues Prestige gegeben wird.

Wir dürfen nicht vergessen, daß der Zar ein Schwarzhunderter ist, daß er für all die Vorgänge, die uns mit Empörung erfüllen, höchstpersönlich mit verantwortlich ist. Es ist eine törichte Sentimentalität, zu sagen: ach, der arme Zar ist ja unschuldig an all dem, er ist nur das zufällige Objekt auf Handlungen, die andere Personen begehen. Er ist vielmehr ganz selbstverständlich mit verantwortlich für das System, welches er durch seinen Namen und die von ihm repräsentierte Regierungsform bedt. Er hat sich bekanntlich ganz offen für die Schwarzhunderter ausgesprochen, hat aus seiner Privatkapitulation für sie Beiträge gegeben, hat das Abzeichen der Schwarzhunderter bis vor kurzem auf seiner Brust getragen. (Psuirufe.) Auch der deutsche Kaiser ist ja von dem Verband ostpreussischer Leute als Schwarzhunderter in Anspruch genommen worden, genau wie nach den Wahlen von 1907 Fürst Bülow gleich dem Lügenverbandsgeneral von dieser Gesellschaft ein Gratulationsstelegramm bekam; und um das deutsche Trifolium voll zu machen: kein Geringerer als Oldenburg-Januschau wurde von dem berückichtigten Purischewitsch, dem Führer der Schwarzhunderter, als sein lieber Freund und Gefinnungsgenosse bezeichnet. Sympathiebezeugungen, die in aller Deutlichkeit dokumentieren, daß russische Reaktion noch immer deutsche Reaktion ist, daß die zaristische Reaktion mit der borsussischen Reaktion noch immer auf Geheiß und Verberb verbunden ist und

mit ihr auf demselben Schiffe untergehen will. So haben wir allen Anlaß, uns immer wieder mit den Beziehungen Deutschlands zu Rußland und speziell den russischen Einwirkungen auf Deutschland, kurz: mit Rußland in Deutschland zu beschäftigen.

Ich habe nicht nötig, auf die Greuel der Gegenrevolution einzugehen, habe nicht nötig, einzugehen auf die Lockspitzelwirtschaft, auf die Judenverfolgungen, die in der neuesten Zeit in Rußland wieder ganz besonders bössartige Dimensionen angenommen haben, habe nicht nötig, darauf hinzuweisen, daß gerade in diesen Tagen von der Gegenrevolution wiederum in einer Weise mit Blut und Gewalt gearbeitet wird, wie kaum je in früheren Jahren. Aber eins veranlaßt uns heute ganz besonders, unseren Protest mit all der Leidenschaftlichkeit zu erheben, die uns die Pflicht der internationalen Solidarität des Proletariats auferlegt. Ich meine die finnische Frage. Das so außerordentlich sympathische kleine Volk der Finnen, das eines der schönsten Länder der Erde bewohnt und der Kultur und speziell der Literatur so viel Schönes geschenkt hat, dieses Volk, das durch den Schwur des Zaren vom 27. März 1809 die freie Verfassung, die es unter dem schwedischen Regime besaß, garantiert bekommen hat, dieses Volk ist seit langer Zeit bereits dem Zarismus ein Dorn im Auge und ein Stachel im Herzen. Von früheren reaktionären Versuchen will ich nicht sprechen, sondern nur darauf hinweisen, daß man bereits 1901 dem finnischen Volk ein Militärgesetz gesetzwidrig aufzuzwingen suchte. Durch den Wehrpflichtstreik des Jahres 1902 wurde diese Attade abgeschlagen. Dann kam die ungeliebte Periode, die durch die verruchten Namen Plehwe und Bobrifow gekennzeichnet ist . . .

Vorsitzender Klühs macht den Redner darauf aufmerksam, daß er nur 10 Minuten Redezeit habe, wie sie für die Begründung aller „sonstigen Anträge“ Gepflogenheit sei.

Dr. Liebtnecht: Ich halte es für selbstverständlich, daß die selbständigen Anträge der Wahlkreise nicht schlechter behandelt werden, als selbständige Anträge irgendeines Delegierten. (Sehr richtig.)

Vorsitzender Klühs: Dann müßte eben die Geschäftsordnung resp. unsere alte Gepflogenheit abgeändert werden. Auch ich bin dadurch schon stark beschnitten worden. Ich bitte Sie also fortzufahren, aber nicht allzu lange.

Dr. Liebtnecht: Sie wissen, daß alsbald ein heftiger Widerstand gegen dies System einsetzte, der am 16. Juni 1904 in dem Attentat Schaumanns gipfelte, dem der Terrorist Bobrifow erlag. Das war eins der Signale der russischen Revolution, ein Signal, das in der ganzen Welt mit Begeisterung begrüßt wurde. Nun folgte eine Periode größerer Freiheit und Beweglichkeit für das finnische Volk. Nachdem aber die russische Revolution niedergeworfen war, begann sofort wieder die Reaktion und der Kampf gegen die finnische Freiheit. Zuerst kam am 2. Juni 1908 ein Abgleit, das entgegen der finnischen Verfassung, nach der die finnische Verwaltung und die Gesetzgebung nur unter dem Beirat finnischer Autoritäten zu führen ist, den russischen Ministerrat bei der finnischen Verwaltung und Gesetzgebung mitzuwirken beauftragt und ihn so verfassungswidrig zur Regierung über Finnland etabliert. Bald darauf, im Frühjahr 1909, wurde die Zusammensetzung des Senats staatsrechtlich umgestaltet; während nach der Verfassung der Senat nur aus Finnländern bestehen darf, wurde er mit russischen Generalen und Admiralen angefüllt, und bald war nur noch ein einziger Finne — ein Altfinne natürlich — im Senat, der so zu einem gefügigen Werkzeug des Zarismus umgestaltet war. Am 7. Oktober 1909 wurde jenes berüchtigte Manifest erlassen, nach dem das finnische Volk künftig als Entgelt dafür, daß es „vorläufig“ von der russischen „Militärpflicht“ „entbunden“ bleibt, eine jährliche Abstandssumme von 10,

steigend bis 20 Millionen zahlen soll. Schließlich ist im Juli 1910 von der russischen Duma mit den Stimmen der Oktoberisten und der Rechten jener infame Gesetzentwurf angenommen worden, der den gesetzgebenden Instanzen Rußlands unter Ausschaltung der finnischen Legislative auch für Finnland auf fast allen Gebieten die gesetzgebende Gewalt überträgt.

So wurde Verfassungsbruch auf Verfassungsbruch gehäuft, Staatsstreik auf Staatsstreik, Meineid auf Meineid, um dem finnischen Volk die bisherige Sugerantität zu entziehen. Schon im Mai 1910 wurde der Landtag mit dem Entwurf zu dem Gesetz vom Juli 1910 befaßt; er lehnte es ab, das von ihm erforderte Gutachten zu erstatten, weil der Entwurf durchaus ungesetzlich und verfassungswidrig sei. Gerade in diesen Tagen soll der Landtag in Ausführung des staatsrechtlichens „Gesetzes“ über die Entsendung von vier finnischen Mitgliedern in die Duma beschließen. Er hat bereits sein Votum dahin abgegeben, daß das ganze Gesetz verfassungswidrig ist und daß er es ablehnt, ihm Folge zu leisten. Damit ist die finnische Frage in ein akutes Stadium eingetreten, und besonders unsere finnischen Genossen gehen einer schweren Zeit entgegen. Das sichert ihnen ein Recht darauf, daß wir in diesem Momente unseren Protest vor allem erheben gegen die verfassungsbrecherische Vergewaltigung des finnischen Volkes, die der Zarismus auf sein Gewissen zu laden im Begriffe ist, daß wir ihnen unsere herzlichste Sympathie zu diesem ernststen Kampfe aussprechen und ihnen opferbereite Solidarität geloben.

In welch kulturwidriger Weise der russische Einfluß in der finnischen Finanzverwaltung ausgeübt wird, dafür ein Beispiel. In dem Etat, den der finnische Landtag für 1909 festsetzte, sind von der russischen Regierung nicht weniger als 73 wichtige Posten einfach gestrichen worden, meist solche für Kulturzwecke, für Schulangelegenheiten, für Gesundheitspflege usw. und zwar, um so die Mittel für die Militärkontribution zu erwirgen: wie könnte deutlicher gezeigt werden, daß es sich um einen Kampf von Barbarei gegen Kultur handelt!

Wir dürfen nicht vergessen, daß Finnland sich das demokratischste Wahlrecht auf dem ganzen europäischen Kontinent zu erringen verstanden hat; daß eine starke sozialdemokratische Fraktion von über 80 Mitgliedern im finnischen Landtage sitzt, daß die finnischen Proletarier glänzend organisiert sind und daß insbesondere auch die finnischen Frauen in der Front des Emanzipationskampfes des Proletariats stehen. Wir müssen unsere Stimme erheben gegen die Vergewaltigung dieses unglücklichen Volkes und des Landes, das ein Asyl gewesen ist für die russische Revolution und eine Dase in der blutgetränkten Wüste der russischen Reaktion.

Sie wissen, wie die Proteste deutscher und auswärtiger Parlamentarier, Völkerrichtslehrer usw. gegen die brutalen Staatsstreiche von der russischen Regierung und Duma en canaille behandelt worden sind. Aber darum dürfen wir nicht verzagen und meinen, es habe keinen Sinn, zu protestieren; im Gegenteil, die öffentliche Meinung Europas muß immer von neuem gegen den Zarismus und seine Schleppenträger aufgerufen werden. Und wenn in Frankfurt und in Langen die deutschen Gesetze mit Füßen getreten wurden, um den Zaren zu schützen vor der Empörung des deutschen Volkes, und wenn versucht wird, die russische Willkürherrschaft dem Zaren zum Wohlgefallen auch in Deutschland zu etablieren, so haben wir gleichzeitig mit ihr auch die preußische und heftigste Reaktion an den Pranger zu stellen.

Es ist in der Tat, wie mir scheint, unmöglich, daß der Zarenbesuch in Deutschland noch länger in derselben Indolenz wie bisher hingenommen wird. Es wäre unbegreiflich, wenn der Zar nicht schließlich durch die allgemeine Empörung des deutschen Volkes gezwungen würde, aus Deutschland

Reich aus zu nehmen. Wenn sich das deutsche Volk im vollen Umfange bewußt wäre, daß es den Vertreter des verbrecherischsten Regierungssystems, das jemals auf der Erde herrschte, auf deutschem Boden dulden soll, wenn sich das deutsche Volk bewußt wäre, was das russische Volk unter der Krone und dem Galgen und den Staatsstrichen dieses Regiments zu leiden hat, dann würde eine solche Aufregung, ein solcher Zorn aufklimmen müssen, daß der Zar, dieser gekrönte Verbrecher, nicht in der Lage wäre, den deutschen Boden durch seine Anwesenheit länger zu schänden. (Bewegung.) Indem wir die Resolution annehmen, sprechen wir die Aufforderung an das gesamte deutsche Volk aus, daß seine Empörung so wachsen möge, daß dieser fluchbeladene Mann hinausgetrieben, hinausgeschickt werde aus unserem Lande, so daß ihm für alle Zeit die Luft vergeht, den deutschen Boden ferner zu besudeln. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Rühls: Zu dieser Resolution hat der Vertreter der finnischen Bruderpartei, Genosse Wijs, ums Wort gebeten.

Wijs - Finnland: Ich überbringe Ihnen den herzlichsten Dank der finnischen Bruderpartei dafür, daß Sie diese Frage auf Ihrem Parteitage hier erörtern. Wir Finnländer sind uns unserer Kleinheit und Schwäche genügend bewußt und sind für jede Sympathieäußerung des Auslandes dankbar. Besonders freudig berührt uns Ihre Interesse, die Sie an der Spitze der internationalen Sozialdemokratie marschieren, und die Sie die kleine Schaar nicht vergessen, die im äußersten Norden Europas unter dem roten Banner kämpft. Wir führen einen schweren Kampf gegen die russische Reaktion. Von seiten der finnischen Bourgeoisie ist keine Hilfe zu erwarten, obwohl der russische Despotismus auch mit dem bürgerlichen Konstitutionalismus nicht vereinbar ist. Aber in wenigen Ländern ist die Sozialdemokratie so stark und der Klassenkampf so heftig wie in Finnland. Vor 10 Jahren gab es in Finnland nur drei wenig verbreitete Arbeiterzeitungen und die Partei zählte etwa 10 000 Mitglieder. Heute zählt unsere Partei 70 000, die Gewerkschaften 30 000 Mitglieder. Wir haben 20 Zeitungen mit 140 000 und 10 Fachblätter mit 20 000 Abonnenten. Tausende von Arbeitern, die von einem rasch emporschießenden Großkapitalismus oder unter dem Druck alter feudaler Gesetze geknebelt waren, haben ein Ziel gefunden. — Diese Tatsache schon mußte der Bourgeoisie unangenehm werden, die noch immer bestrebt war, die Fiktion der patriarchalischen Zustände aufrecht zu erhalten. Die Bourgeoisie hat sich den Generalstreik von 1905 zunutze gemacht. Nach dem Siege über die russische Reaktion war es ihr unangenehm, wieder in einen neuen Kampf (mit uns) verwickelt zu werden. Wir weigerten uns, in die bürgerliche Regierung einzutreten und errangen bei den letzten Wahlen 40 Prozent aller Stimmen. Das zwang die Bourgeoisie, ihre Maßnahmen zu treffen. Die Folge war die Verschönerung der verschiedenen bürgerlichen Parteien, was noch zwei Jahre früher jeder bürgerliche Politiker für unmöglich gehalten hätte. Die Bürgerlichen kamen jetzt auch den Wünschen der russischen Reaktion entgegen. Die finnischen Behörden lieferten zahlreiche russische Revolutionäre den russischen Gentern aus. Wir allein protestierten dagegen. Erst in der letzten Zeit sind die Bürgerlichen wieder gezwungen worden, einen entschiedenen oppositionellen Standpunkt einzunehmen. Wir haben in Finnland zur Genüge erfahren, daß das Parlament für die Befreiung des Proletariats nur in dem Maße von Bedeutung ist, wie das Proletariat außerhalb des Parlaments Kräfte zu dessen Unterstützung hat. (Sehr richtig!) — Wir Sozialdemokraten haben eingesehen, daß der Konflikt mit der russischen Regierung nicht zu vermeiden ist, denn er hat tiefere ökonomische Ursachen. Wir sind auch davon überzeugt, daß die Reaktion sich am entschiedensten gegen uns richten wird, denn wir sind ihre

entschiedensten Gegner. Es besteht die Ansicht, daß unsere Organisationen aufgelöst und unsere Presse vernichtet wird. Vielleicht muß sich unsere Bewegung neue Formen suchen, aber daß eine so starke Bewegung wie die des finnischen Proletariats nicht mit einem Federstich vernichtet werden kann, das dürfte einleuchten. (Sehr richtig!) Als man 1902 ein in geschwinder Weise entstandenes Militärgesetz durchführen wollte, da brach ein großartiger Wehrpflichtstreik aus, und doch ging man damals nur von dem Gesichtspunkt der Geschwindigkeit aus. Jetzt haben sich die Zustände insofern geändert, als wir eine starke Arbeiterbewegung besitzen, deren Anhänger auch prinzipiell antimilitaristisch gesinnt sind. Die Aufgabe der Reaktion wird immer schwieriger in dem Maße, wie größere Volksmassen an dem Widerstande teilnehmen können. Man kann wohl einige widerspenstige Beamte ihres Amtes entsetzen, man kann eine Menge reaktionärer Veränderungen in der Verwaltung durchführen, aber man kann zum Beispiel nicht eine geschwundene Steuer einnehmen. Der erste Versuch der Reaktion, ihre Pläne auszuführen, ist denn auch kläglich gescheitert. Es handelte sich um die Reformierung des Lotensystems, aber die Regierung hat ihren ganzen Plan aufgeben müssen, weil die finnischen Lotsen sich weigerten, den Absichten der Reaktion zu dienen und die finnischen Rüstten doch nicht ohne Lotsen gelassen werden konnten. Wir finnischen Sozialdemokraten sind überzeugt, daß die Zukunft der Arbeiterklasse abhängt und daß das Schicksal Finnlands in erster Linie von der Arbeiterklasse zusammenwirken können, das hängt von ihrer Standhaftigkeit ab. (Sehr richtig!) Unsere Brüder in Rußland haben während der langen Jahre erfahren müssen, sowohl was der russische Despotismus als auch was eine schäbsterne und engstirnige Bourgeoisie ist. Mit den russischen Arbeitern können wir ohne weiteres zusammengehen. Weiter richten wir unsere Forderung auf den Beitritt der Klassenbewußten Proletarier aller Länder, den wir auch bisher schon erhalten haben. Das internationale Proletariat hat erkannt, daß der russische Despotismus nicht nur für Rußland und Finnland, sondern für die ganze Kulturwelt und besonders für das Klassenbewußte Proletariat eine Gefahr ist, daß die reaktionären Bestrebungen in allen Ländern eine sichere Stütze im russischen Despotismus haben, und daß deshalb die Bekämpfung dieses Despotismus eine der wichtigsten Aufgaben des internationalen Proletariats ist. Wir Finnländer sind überzeugt, daß wir in unserem Kampf gegen die Reaktion Ihre Sympathien genießen werden, und Sie, Genossen, können Ihrerseits davon überzeugt sein, daß das finnische Proletariat seine Pflicht erfüllen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ulrich - Frankfurt a. M.: Es hieße unsere kostbare Zeit verschwenden, wenn man sich bemühen wollte, erst noch den Beweis dafür zu erbringen, was wir von der Person des Zaren zu halten haben, und daß es notwendig ist, gegen seine Anwesenheit in Deutschland zu protestieren. Gerade wir wissen ein Lied von dem Gefühl der Empörung darüber zu singen, daß die Steuergroschen des deutschen Volkes benutzt werden im Interesse des Zaren und daß deutsche Proletarier die Wache für ihn stellen müssen. Wir müssen dem Gefühl unserer tiefsten Empörung darüber Ausdruck geben. Ich begnüge mich mit den Worten: Hinaus mit diesem Mordinstrument aus dem deutschen Vaterlande. (Bravo!) Das wird jedenfalls der schärfste Protest sein. (Erneuter Beifall.)

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag 75 mit dem Zusatzantrag wird einstimmig angenommen.